

9/1994

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Volksparteien haben sich behauptet

Aber: Eine schmerzliche Niederlage

Die unerwartet hohe Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Niedersachsen zeigt nach den Worten des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, daß von Parteienvadrossenheit oder gar vom „Ende der Volksparteien“ keine Rede sein kann.

Das Wahlergebnis bestärke ihn sogar, wie er nach einer Sitzung des Bundesvorstandes am 14. März auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus sagte, in seiner Prognose, daß es auch bei den Bundestagswahlen im Oktober wieder eine Wahlbeteiligung geben werde, die den Spitzenwert von 80 Prozent erreicht.

Die „Partei“ der Nichtwähler ist dezimiert, die STATT-Partei blieb ohne Chance, die Reps erhielten 3,7 Prozent der Stimmen: eine gute Basis für die CDU, trotz schmerzlicher Verluste verloren gegangenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Helmut Kohl: Man muß es klar aussprechen: es ist eine Niederlage. Aber auch eine zweite Feststellung darf nicht fehlen: Unsere Partei hat gekämpft. Darauf können wir stolz sein. Besonders hervorzuheben sei dabei die Rolle von Christian Wulff, der einen engagierten Wahlkampf geführt und in seinem Wahlkreis ein ausgezeichnetes persönliches Ergebnis erreicht habe. „Er hat seine Chance genutzt. Das ist ein guter Anfang.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Landtagswahl

Christian Wulff: Wir haben einen guten Wahlkampf geführt, aber die Wahl verloren. Seite 3

Infas: Bisheriger Trend gegen die Volksparteien hat sich gedreht. Seite 5

Die Wahlergebnisse mit Mandatsverteilung und Vergleichszahlen. Seite 8—11

● Pflegeversicherung

Bundeskanzler Helmut Kohl: Eine gute Nachricht. Seite 12—15

● Sozialdemokraten

Ein einziges Chaos. Zum finanz- und steuerpolitischen Programm der SPD. Seite 22

Allgemein, unverbindlich, konfliktscheu. Zum SPD-Regierungsprogramm für Bildung, Forschung und Kultur. Seite 26

● Senioren

Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch: Impulse in der Seniorenpolitik. Seite 28—29

● Dokumentation

Roman Herzog: Der Demokratie dienen. Aus der Rede vor der CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung. Grüner Teil



... dem verbreiteten politischen Trend der letzten Zeit entgegen“

Mit diesem Ergebnis haben sich die Wähler zwischen Ems und Elbe dem verbreiteten politischen Trend der letzten Zeit entgegengestellt; scheinbar sind vertraute Wahlmuster früherer Zeiten wieder aufgelebt. Die „Partei der Nichtwähler“ wurde nicht, wie zuletzt in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Brandenburg, stärkste Partei. Vielmehr haben SPD und CDU den Protest durch Wahlenthaltung abwehren und ebenso den Zulauf zu den Prostelparteien rechts und in der Mitte besser als zuvor abbremsen können. Erstmals seit den Bürgerschaftswahlen in Bremen 1991 hat die SPD in den alten Bundesländern keine Einbußen hinnehmen müssen. Auch die CDU konnte Verluste wie noch in Hamburg oder Baden-Württemberg halbieren.

(aus der Wahlanalyse von Inter-

(Fortsetzung von Seite 1)

Eindeutiger Sieger dieser Wahl seien die Sozialdemokraten, und der Wahlsieger — so Helmut Kohl — habe auch einen Namen: nämlich den des Ministerpräsidenten. Daran ändere auch nichts die Tatsache, daß das Plus im Erfolg der SPD „eigentlich bemerkenswert gering“ ist, nämlich 16.000 Stimmen mehr als bei den Landtagswahlen vor vier Jahren.

Zum Wahlergebnis der Freien Demokraten merkte der Bundeskanzler an: Die

Änderung der Koalitionsaussage nur wenige Tage „vor Torschlus“ sei ein Fehler, wenn nicht sogar der Hauptgrund dafür gewesen, daß sie aus dem Landtag herausgetragen worden ist.

Helmut Kohl: Ich glaube, daß diese schwankende Position vom Wähler nicht toleriert wurde, und ich denke, das ist ein wichtiger Hinweis für jeden, wenn im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Oktober die Entscheidung über Koalitionsaussagen getroffen werden muß.

Christian Wulff:

Wir haben einen guten Wahlkampf geführt, aber die Wahl verloren

Die Wahlbeteiligung bei — den ganzen Tag über — stürmischem Wetter lag nur 0,8 Prozent unter der sehr hohen von über 74 Prozent vor vier Jahren. Wir haben neue bürgerliche Parteien verhindert, weil wir uns als Volkspartei erneuert haben.

Wie Sie wissen, waren von 100 Kandidaten 55 zum ersten Mal dabei. 11 waren unter 35 Jahre alt. Sie haben direkt in Wahlkreisen kandidiert, und die meisten von ihnen haben auch den Einzug ins Parlament geschafft. Wir haben eine Reihe von Seiteneinsteigern nominiert, den Präsidenten des Hartmannbundes, den Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände, einen Vertreter der evangelischen Landessynode. Sie alle sind ins Parlament eingezogen.

Neugründungen im bürgerlichen Lager waren also in Niedersachsen nicht erforderlich und haben auch keine Zustimmung beim Wähler gefunden. Extremisten sind außerhalb des Parlaments geblieben.

Die Volksparteien sind mit über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen gestärkt aus dieser Wahl hervorgegangen. Das ist eine Abkehr von einer Entwicklung, die auf 65 Prozent für die beiden Volksparteien zusammen zulief.

Das Ergebnis wird trotzdem von uns bedauert, weil es eine Wahlniederlage ist, für die ich als Spitzenkandidat auch die persönliche Verantwortung übernehme. Wir sind mit 5,6 Prozent Verlusten nicht gut aus dieser Wahl hervorgegangen, bei

der es auch eine Wählerwanderung von der CDU zur SPD gegeben hat, die wir rückgängig machen wollen. Diese Wählerwanderung hat es in der politischen Mitte gegeben, und dort werden Wahlen in Deutschland entschieden.

Der amtierende Ministerpräsident hat seinen Amts- und Regierungsbonus voll genutzt. Er ist als Krisenmanager und Moderator in schwieriger Zeit aufgetreten und hat sich zum Fels in der Brandung zu erklären versucht. Es ist ihm zum Teil gelungen.

Uns als Opposition ist ein zentraler Angriff auf den Ministerpräsidenten in

Erklärung des Spitzenkandidaten der niedersächsischen CDU zum Ergebnis der Landtagswahlen vom 13. März auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 14. März

der wahlentscheidenden Frage der Arbeitsmarktpolitik nicht gelungen. Diese Selbstkritik muß man anbringen. Wir haben die Kurzatmigkeit der Schröderschen Wirtschaftspolitik in Niedersachsen nicht vermitteln können und nehmen insoweit auch die Gründe für die Wahlniederlage sehr ernst.

Wir hatten allerdings 42 Prozent zu verteidigen, das drittbeste Wahlergebnis der CDU in Landtagswahlen in Deutschland. Wir hatten ein Wahlergebnis zu verteidigen, welches Ernst Albrecht und die damalige Landesregierung eingefahren hatten, und das aus der Opposition her-

aus und bei einem außerordentlich schwierigen Meinungsklima.

Denn es hat in Niedersachsen kaum jemand an die Möglichkeit eines Wechsels geglaubt, und es ist auch nicht die Möglichkeit eines Wechsels, es ist auch nicht gerade Siegeszuversicht — über die Demoskopen, die Meinungsforscher, die Medien — vermittelt worden. In den letzten Wochen und Monaten ging es nur um die Frage: Wird es die Regierung mit absoluter Mehrheit oder mit rot-grüner Mehrheit schaffen?

Das hat uns Probleme geschaffen und dazu geführt, daß auch die FDP als unser Wunsch-Koalitionspartner am Ende nicht an den Wechsel zu einer CDU/FDP-Regierung glaubte und wenige Tage vor der Wahl signalisierte, man wolle nunmehr Zweitstimmen aus dem Lager der Union und diese Zweitstimmen in eine Koalition mit der SPD einbringen.

Das Mißverhältnis zwischen Regierung mit ihrem Apparat und der Opposition mit ihren geringen Möglichkeiten hat sich auch dahingehend ausgewirkt, daß sich die Menschen mit ihren Sorgen, vor allem mit ihren Ängsten um Arbeit, an den Ministerpräsidenten hielten, der fast wie ein Situationsheld immer dort auftauchte, wo die öffentliche Aufmerksamkeit gerade am größten war.

Die Geschichte der Wahlen in Deutschland zeigt, daß es eigentlich nie jemand im ersten Anlauf geschafft hat, daß es eigentlich nie gelungen ist, eine Regierung bereits nach vier Jahren wieder aus dem Sattel zu heben, und deshalb waren wir uns immer der Größe und Schwierigkeit dieser Aufgabe bewußt.

Die Fraktion der CDU in Niedersachsen ist mit 67 Abgeordneten gleich stark geblieben. Die SPD hat allerdings jetzt eine absolute Mehrheit mit einem Sitz gegenüber CDU und Grünen, und wir werden sehen, wie es läuft, wenn die SPD

nicht mehr den Schwarzen Peter auf die Grünen und umgekehrt die Grünen den Schwarzen Peter auf die SPD abschieben können.

Es gibt nur noch eine bürgerliche Oppositionspartei im Landtag, und wir werden diese Situation dazu nutzen, deutliche Oppositionspolitik zu betreiben. Die Wähler haben uns diese Oppositiionsrolle zugewiesen, wir wollen diese Rolle annehmen. Wir betrachten dieses Wahlergebnis als Auftrag weiterzuarbeiten, an der Erneuerung der CDU weiterzumachen, weiterzukämpfen und nicht zu kneifen.

Wir meinen, daß die Erneuerung der Union in Niedersachsen richtig ist und daß sie fortgesetzt werden soll. Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden, es hat etwas länger gedauert, und so werden auch wir unsere Sache in den nächsten Monaten und Jahren erst vollenden. Für mich war die Kandidatur in Niedersachsen eine großartige Angelegenheit — mit der Erfahrung einer Geschlossenheit — der Partei, die man in dieser Form nicht hatte vorhersehen können, für die ich mich in ganz besonderer Weise bei meiner Partei in Niedersachsen, bei den Vereinigungen und auch bei der Bundespartei zu bedanken habe.

Es gibt in der Bevölkerung eine Aufgeschlossenheit für neue Gesichter in der Politik, und es gibt auch eine Aufgeschlossenheit für sachliche politische Auseinandersetzung.

Wir haben in Niedersachsen einen Wahlkampf geführt, der aus meiner Sicht vorbildlich ist, was die argumentative Auseinandersetzung anbelangt. Das beugt der Politikverdrossenheit vor und sorgt wieder für mehr Aufmerksamkeit und Interesse bei den Bürgern, was wir dringend brauchen angesichts der schwierigen Entscheidungen, die in den nächsten Jahren zu treffen sind.

Infas: Bisheriger Trend gegen die Volksparteien hat sich gedreht

Die Wähler zwischen Ems und Elbe haben sich bei der Landtagswahl in Niedersachsen dem Trend zum „Nicht-wählen“ verweigert. Zugleich wurde der Zulauf zu Protestparteien besser als zuvor abgebremst. Zu dieser Einschätzung gelangte das Bonner Institut für angewandte Sozialwissenschaften (infas) bei seiner Analyse der Niedersachsenwahl für dpa. Infas kam insgesamt zu folgenden Ergebnissen:

Am 13. März haben die Wähler in Niedersachsen nach vierjähriger Amtszeit das rot-grüne Regierungsmodell bestätigt, dabei das grüne Element sogar gestärkt, es zugleich aber für die Regierungsbildung entbehrlieblich gemacht: Die SPD unter Ministerpräsident Gerhard Schröder erreichte eine hauchdünne absolute Mandatsmehrheit (81 von 161 Sitzen) mit nur 44,3 Prozent der Zweitstimmen — dank der Liberalen, die unter die Fünf-Prozent-Hürde rutschten. Auch die Republikaner scheiterten mit 3,7 Prozent klar, und weitere 3,8 Prozent fielen unter den Tisch, die für eine Vielzahl von Splitterparteien abgegeben wurden. Erwartungsgemäß fiel die CDU mit ihrem jungen Spitzenkandidaten deutlich auf 36,4 Prozent zurück.

Mit diesem Ergebnis haben sich die Wähler zwischen Ems und Elbe dem verbreiteten politischen Trend der letzten Zeit entgegengestellt; scheinbar sind vertraute Wahlmuster früherer Zeiten wieder aufgelebt. Die „Partei der Nichtwähler“ wurde nicht, wie zuletzt in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Brandenburg, stärkste Partei. Vielmehr haben SPD und CDU den Protest durch Wahlenthaltung abwehren und

ebenso den Zulauf zu den Protestparteien rechts und in der Mitte besser als zuvor abbremsen können. Erstmals seit den Bürgerschaftswahlen in Bremen 1991 hat die SPD in den alten Bundesländern keine Einbußen hinnehmen müssen.

CDU-Verluste halbiert

Auch die CDU konnte Verluste wie noch in Hamburg oder Baden-Württemberg halbieren.

Landesweit waren gegenläufige Entwicklungen für den Wahlsieger SPD zu beobachten. Die Sozialdemokraten verzeichneten deutlichere Gewinne vor allem in den westlichen Landesteilen, z.B. im Emsland, aber auch im östlichen Landesteil, im Einzugsgebiet des VW-Werkes um Wolfsburg. In beiden Fällen ist zu vermuten, daß der Einsatz von Ministerpräsident Gerhard Schröder zur Rettung industrieller Arbeitsplätze — eine Initiative, die landesweit Anerkennung fand —, hier mit besonderen Zuwachsrate um drei bis vier Prozentpunkte honoriert wurde.

Dem entgegen stehen stärkere Verluste der SPD in den städtischen Dienstleistungszentren, wie z.B. Hannover (minus 2,9), oder in Universitätsstädten wie Oldenburg (minus 2,3) und Göttingen (minus 5,8): Hier haben die Grünen zwischen 2,8 und 6,9 Prozentpunkte zugelegt. Die ökologische Industriepolitik der rot-grünen Landesregierung hat offenbar einerseits die Arbeitsbevölkerung bei der Stange gehalten, es andererseits aber den Grünen ermöglicht, auf Kosten der SPD ihre klassischen Schwerpunkte weiter auszubauen — sei es in den Universitäts-

städten oder in den alten Brennpunkten umweltpolitischer Konflikte, wie etwa im Kreis Lüchow-Dannenberg.

Die rot-grüne Arbeitsteilung ließ aber auch die Grünen nicht ganz ungeschoren. Im Emsland, wo verschiedene ökologisch umstrittene Großprojekte für Konflikte sorgten, wandten sich enttäuschte

Umweltschützer von den Grünen ab. Der in seiner Größenordnung bedeutende Wähleraustausch zwischen den beiden bisherigen Regierungspartnern saldiert sich auf einen Verlust von 30.000 SPD-Stimmen an die Grünen. Diese und andere Wählerverluste konnte die SPD jedoch durch Gewinne von der CDU in einem Volumen von gut 75.000 Stimmen kompensieren.

Die CDU wurde nicht allein durch Stimmenabwanderung zur SPD gebeutelt. Hinzu kam ein erhebliches Mobilisierungsdefizit: Fast 80.000 frühere CDU-Wähler blieben der Urne fern. Auch die notorische Schwäche, Jungwähler anzusprechen, führte zu einem Verlust. Der Generationswechsel machte über 70.000 Stimmen aus. Diese Negativbilanz rundet sich ab durch die Abwanderung von 30.000 früheren CDU-Wählern zu den Republikanern.

Erfolge durch Christian Wulff

Der Verlusttrend der CDU ging generell durch das ganze Land, schlug sich aber besonders im näheren (minus 8,0) und weiteren (minus 7,3) Einzugsbereich von Hamburg nieder, wo die von der Hansestadt ausgehende Ausstrahlung der neu gründeten STATT-Partei mit einem im Vergleich zum Landesdurchschnitt dreimal so hohen Stimmenanteil zu einem besonderen, aber regional begrenzten Erfolg verhalf.

Regional begrenzt gab es jedoch auch für die CDU relative Erfolge, die sie ihrem

Spitzenkandidaten Christian Wulff verdankt. Ihm allein gelang es, der SPD ein Direktmandat abzunehmen. Dieser Kandidateneffekt zog Kreise im gesamten Raum Osnabrück, so daß die CDU-Verluste dort mit weniger als drei Prozentpunkten weit unterdurchschnittlich ausfielen.

Der persönliche Erfolg Wulffs blieb allerdings lokal begrenzt, weil er sich nicht im ganzen Land der Unterstützung seiner eigenen Partei sicher sein konnte: Nur 34 Prozent der Wähler in Niedersachsen hatten den Eindruck, die Partei stehe geschlossen hinter ihrem Spitzenkandidaten.

Reps diesmal erfolglos

So erfolgreich die großen Parteien auch in der Abwehr der Republikaner waren, so darf doch nicht übersehen werden, daß diese — gemessen an Vorwahlbefragungen — nur gut ein Drittel ihres Wählerpotentials ausschöpften. Immerhin kamen die Republikaner in 13 der 100 Wahlkreise, mit Schwerpunkt in Hannover und Umgebung, auf über fünf Prozent. Dabei trat das bereits vertraute Wählerpotential der neuen Rechten in abgeschwächter Form zutage: junge und ältere Männer, Arbeiter und Arbeitslose, großstädtische Unterschichten waren für die Rechtsradikalen aufgeschlossen.

Der Wahlausgang am 13. März in Niedersachsen zum Auftakt des Wahljahres 1994 signalisierte, daß der bisherige Trend gegen die Volksparteien hin zu Protestparteien und ins Nichtwählerlager nicht zwangsläufig ist. Die Wähler zwischen Ems und Elbe haben für ihr Land die Weichen neu gestellt. Ob man andernorts diesen Signalen folgt, bleibt eindeutig offen. Aber auch die alten vertrauten Wahlmuster sind heute nicht mehr ehemaliges Gesetz.

Die Landtagswahl Niedersachsen 1994 am 13. März

– Vorläufiges amtliches Endergebnis –

Landtagswahl Niedersachsen 1994
(Zweitstimmen)

Wahlberechtigte
Wahlbeteiligung
gültige Stimmen

Anzahl
5.849.286
4.318.345
4.250.584

%
73,8

Landtagswahl Niedersachsen 1990
(Zweitstimmen)

Anzahl
5.712.613
4.263.215
4.216.296

%
74,6

Differenz
- 0,8

	Anzahl	%	Anzahl	%	Differenz
SPD	1.881.283	44,3	1.865.267	44,2	+ 0,1
CDU	1.548.231	36,4	1.771.974	42,0	- 5,6
Grüne	314.438	7,4	229.846	5,5	+ 1,9
FDP	188.826	4,4	252.615	6,0	- 1,6
REP	158.875	3,7	62.054	1,5	+ 2,2
Statt	55.468	1,3			+ 1,3
Graue	20.686	0,5			+ 0,5
Neue Statt	19.431	0,5			+ 0,5
NPD	9.449	0,2	8.255	0,2	0,0
UWN	8.817	0,2			+ 0,2
LLN	8.180	0,2			+ 0,2
PBC	8.176	0,2	3.858	0,1	+ 0,1
Öko	7.936	0,2	3.682	0,1	+ 0,1
Natur	7.352	0,2			+ 0,2
Unab	4.920	0,1	2.739	0,1	0,0
ÖDP	4.380	0,1	3.603	0,1	0,0
Mitte	4.136	0,1			+ 0,1
Sonstige			12.403	0,2	

Mandatsverteilung**Landtagswahl
Niedersachsen 1994****Landtagswahl
Niedersachsen 1990****Differenz**

SPD	81 (81)*	71 (61)	+10
CDU	67 (19)	67 (39)	0
FDP	0 (0)	9 (0)	-9
Grüne	13 (0)	8 (0)	+5

Die Abkürzungen bedeuten:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
Graue	DIE GRAUEN - Graue Panther
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
LLN	LINKE LISTE NIEDERSACHSEN
Mitte	DIE MITTE
Natur	Die Naturgesetz-Partei, Aufbruch zu neuem Bewusstsein
Neue Statt	DIE NEUE STATT PARTEI - Landesv. Niedersachsen
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
Öko	DEUTSCHE SOLIDARITÄT/Union für Umwelt- und Lebensschutz
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
REP	Die Republikaner
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Statt	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN Landesv. Niedersachsen
Unab	Die Unabhängigen - Landesgemeinschaft unabh. Bürger Niedersachsen
UWN	Unabhängige Wählergemeinschaften Niedersachsen

Christian Wulff führt die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Mit 39 zu 28 Stimmen hat die CDU-Landtagsfraktion in Hannover in geheimer Abstimmung den Spitzenkandidaten der niedersächsischen CDU, Christian Wulff, am 14. März zum Oppositionsführer gewählt.

Christian Wulff setzte sich damit in einer Kampfabstimmung gegen Jürgen Gansäuer durch, der die Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode führte.

Der 34jährige Rechtsanwalt aus Osnabrück wird sein Amt am 21. Juni antreten. Er habe die Empfehlungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und den Führungsgruppen der Landes- und Bundes-CDU als Ermutigung empfunden, sagte Wulff nach der Wahl: Auswirkungen und Einfluß auf das Resultat der Abstimmung hätten sie jedoch nicht gehabt.



Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1947 (in Prozent)

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Grüne/B 90	Sonstige
1947	19,9	43,4	8,8	-	27,9
1951	23,8	33,7	8,4	-	34,1
1955	26,6	35,2	7,9	-	30,3
1959	30,8	39,5	5,2	-	24,5
1963	37,7	44,9	8,8	-	8,6
1967	41,7	43,1	6,9	-	8,3
1970	45,7	46,3	4,4	-	3,6
1974	48,8	43,1	7,0	-	1,1
1978	48,7	42,2	4,2	3,9	1,0
1982	50,7	36,5	5,9	6,5	0,4
1986	44,3	42,1	6,0	7,1	0,5
1990	42,0	44,2	6,0	5,5	2,3
1994	36,4	44,3	4,4	7,4	7,5
Differenz	- 5,6	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	

Sitzverteilung in den Landtagen seit 1947

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Grüne/B 90	Insgesamt
1947	30	65	13	0	108
1951	35	64	12	0	111
1955	43	59	12	0	114
1959	51	65	8	0	124
1963	62	73	14	0	149
1967	63	66	10	0	139
1970	74	75	0	0	149
1974	77	67	11	0	155
1978	83	72	0	0	155
1982	87	63	10	11	171
1986	69	66	9	11	155
1990	67	71	9	8	155
1994	67	81	0	13	161
Differenz	0	+ 10	- 9	+ 5	

Die Landtagswahl Niedersachsen 1994 im Vergleich zu anderen Wahlen

Landtagswahl Niedersachsen 1994		Landtagswahl Niedersachsen 1990 (Zweitstimmen)		Bundestagswahl 1990 (Zweitstimmen) (Differenz)		Bundestagswahl 1994 (Zweitstimmen)		Europawahl 1989	
	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %
Wahlberechtigte	5.849.286	5.712.613		5.760.382		5.661.261			
Wahlbeteiligung	4.318.345	73,8	4.263.215	74,6	-0,8	4.640.203	80,6	3.579.790	63,2
gültige Stimmen	4.250.584		4.216.296			4.603.385		3.547.702	
SPD	1.881.283	44,3	1.865.267	44,2	+ 0,1	1.765.928	38,4	1.490.456	42,0
CDU	1.548.231	36,4	1.771.974	42,0	- 5,6	2.039.668	44,3	1.272.859	35,9
Grüne	314.438	7,4	229.846	5,5	+ 1,9	205.449	4,5	296.804	8,4
FDP	188.826	4,4	252.615	6,0	- 1,6	474.609	10,3	207.141	5,8
REP	158.875	3,7	62.054	1,5	+ 2,2	46.934	1,0	170.920	4,8
Statt	55.468	1,3			+ 1,3				
Graue	20.686	0,5			+ 0,5	28.401	0,6		
Neue Statt	19.431	0,5			+ 0,5				
NPD	9.449	0,2	8.255	0,2	0,0	12.747	0,3		
UWN	8.817	0,2			+ 0,2				
LLN	8.180	0,2			+ 0,2	14.654	0,3		
PBC	8.176	0,2	3.858	0,1	+ 0,1				
Öko	7.936	0,2	3.682	0,1	+ 0,1	4.661	0,1	6.357	0,2
Natur	7.352	0,2			+ 0,2				
Unab	4.920	0,1	2.739	0,1	0,0			0	0,0
ÖDP	4.380	0,1	3.603	0,1	0,0	5.814	0,1	10.149	0,3
Mitte	4.136	0,1			+ 0,1				
Sonstige			12.403	0,2		4.520	0,1	93.016	2,7

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen sowie der letzten Bundestags- und Europawahl (in Prozent)

L a n d	letzte Wahl	C D U	S P D	Grüne	F D P	R E P	P D S	B 90	nächste Wahl	
Baden-Württemberg	5. 4. 1992	39,6	29,4	9,5	5,9	10,9	-	-	1996	
Bayern	14.10.1990	54,9	1)	26,0	6,4	5,2	4,9	-	1994	
Berlin	2.12.1990	40,4	30,4	5,0	2)	7,1	3,1	9,2	4,4	
Brandenburg	14.10.1990	29,4	38,2	2,8	6,6	1,2	13,4	6,4	1994	
Bremen	29. 9. 1991	30,7	38,8	11,4	9,5	1,5	6,2	DVU	-	
Hamburg	19. 9. 1993	25,1	40,4	13,5	4,2	4,8	-	-	1995	
Hessen	20. 1. 1991	40,2	40,8	8,8	7,4	1,7	-	-	1995	
Mecklenburg-Vorpommern	14.10.1990	38,3	27,0	4,2	5,5	0,9	15,7	2,2	3)	
Niedersachsen	13. 3. 1994	36,4	44,3	7,4	4,4	3,7	-	-	1998	
Nordrhein-Westfalen	13. 5. 1990	36,7	50,0	5,0	5,8	1,8	-	-	1995	
Rheinland-Pfalz	21. 4. 1991	38,7	44,8	6,4	6,9	2,0	-	-	1996	
Saarland	28. 1. 1990	33,4	54,4	2,6	5,6	3,4	-	-	1995	
Sachsen	14.10.1990	53,8	19,1	-	5,3	-	10,2	5,6	4)	
Sachsen-Anhalt	14.10.1990	39,0	26,0	5,3	5)	13,5	0,6	12,0	-	
Schleswig-Holstein	5. 4. 1992	33,8	46,2	4,97	5,6	1,2	6,3	DVU	-	
Thüringen	14.10.1990	45,4	22,8	6,5	6)	9,3	0,8	9,7	-	
Bundestag (Zweitst.)	2.12.1990	43,8	7)	33,5	3,8	11,0	2,1	2,4	1,2	8)
Europa	18. 6. 1989	37,7	7)	37,3	8,4	5,6	7,1	-	-	1994

1) CSU 2) GAL, 3) + Forum 2,9 4) Forum 5) Grüne – Neues Forum 6) Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt 7) CDU/CSU 8) B 90/Grüne

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Eine gute Nachricht

Die heute (10. März) nach langen und schwierigen Verhandlungen erzielte Einigung über die Einführung der Pflegeversicherung ist eine gute Nachricht für uns alle, vor allem für die Pflegebedürftigen und die Pflegenden. Sie erhalten zukünftig die Hilfen, auf die sie lange gewartet haben.

Keine der großen Reformen ist in der Vergangenheit ohne harte politische Auseinandersetzung zustande gekommen. Das gilt auch für die Pflegeversicherung. Mit dem Kompromiß hat sich die Vernunft durchgesetzt. Alle Seiten haben dazu beigetragen. Auch bei diesen schwierigen Verhandlungen hat sich die gute Zusammenarbeit der Koalition der CDU, CSU und FDP bewährt.

In Norbert Blüm hatte die Pflegeversicherung einen starken Anwalt, der hartnäckig und konsequent dieses große Reformwerk durchgesetzt hat und dafür besonderen Dank verdient.

Angesichts des sich zukünftig verändernden Altersaufbaus unserer Bevölkerung ist die Einführung der Pflegeversicherung Beweis zukunftsorientierter Politik. Zugleich wurde bewiesen, daß wichtige soziale Reformen ohne zusätzliche Belastungen der Wirtschaft und damit ohne die Gefährdung von Arbeitsplätzen möglich sind. Denn wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sind die Grundlage der Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland und das Fundament sozialer Sicherheit.

Peter Hintze: Die CDU hat Wort gehalten

Zur Einführung der Pflegeversicherung erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Einführung der Pflegeversicherung ist nicht nur eine gute Nachricht für alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen. Sie ist auch ein Beweis für die Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit der politisch verantwortlichen Parteien.

Angekündigt als großes sozialpolitisches Ziel im Regierungsprogramm der Koalition für die Wahlperiode hat sich die CDU nicht vom Ziel der solidarischen Pflegeversicherung abringen lassen.

Allen Torpedierungsversuchen zum

Trotz: Die CDU hat Wort gehalten. Damit ist der Sieg der Pflegeversicherung im Konsens der Volksparteien auch ein kalter Guß für alle Miesmacher und Parteidrossenen. Die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung und ihre sozialpolitische Kompetenz sind überzeugend unter Beweis gestellt worden.

Und alle diejenigen, die in diesen Tagen mit überspitzem Stift diese große sozialpolitische Errungenschaft mieszumachen versuchen, werden in fortgeschrittenem Alter dereinst froh und dankbar über Norbert Blüms Einsatzfreude und Konsequenz sein.

Die Pflegeversicherung kommt

Zwei Jahrzehnte lang war dieser Satz Hoffnung, Versprechen und Forderung. Jetzt ist er Wirklichkeit: Die Pflegeversicherung kommt.

- **Ein Erfolg für Norbert Blüm und die CDU**

Endlich wird die letzte große Lücke in unserem System der sozialen Sicherung geschlossen. Die SPD hat ihre Blockade aufgegeben und dem Kompromiß zur Pflege und zur Kompensation der Arbeitgeberbeiträge zugestimmt. Die Lage der fast zwei Millionen pflegebedürftiger Menschen und der Pflegenden wird entscheidend verbessert. Pflegebedürftigkeit führt nicht mehr in soziale Not und Armut; Hilfe zur Pflege wird angemessen finanziert und vernünftig abgesichert.

Die Pflegeversicherung ist nach der Renten-, der Kranken-, der Arbeitslosen- und der Unfallversicherung die fünfte Säule unserer Sozialversicherung. Alle großen Sozialgesetze und -reformen der zurückliegenden 45 Jahre sind von der CDU entwickelt und parlamentarisch umgesetzt worden.

So trägt jetzt auch die Pflegeversicherung unsere Handschrift:

- Wir haben uns mit dem Grundsatz durchgesetzt, daß die Pflegeversicherung nicht zu einer Erhöhung der Arbeitskosten führen darf. Denn gerade angesichts der sich jetzt abzeichnenden wirtschaftlichen Erholung wäre eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft unverantwortlich gewesen. Und: An einem Feiertag pro Jahr arbeiten und dafür im Fall der Pflegebedürftigkeit umfassend abgesichert sein: — dieses Opfer ist keineswegs zu groß.
- Es liegt viel Sinn in der Konzeption der Sozialversicherung: Leistung für Beitrag.

Sie ist besser als eine Versorgung aus dem anonymen Steuersäckel. Die Sozialversicherung verträgt sich auch mit der Idee der Subsidiarität, sie läßt Raum für private Ergänzung. Hiervon haben wir uns auch bei der Pflegeversicherung leiten lassen.

● Wir stützen mit der Pflegeversicherung die ambulante und die stationäre Pflege und bauen das weite Feld zwischen Pflege zu Hause und im Heim aus. Denn das Leben kennt viele Zwischenstationen und Übergänge. Unsere bisherige Versorgung sieht hingegen meist nur die harte Alternative vor: Daheim oder im Heim. Wir wollen deshalb Kurzzeitpflege und Tagespflege fördern. Und wir wollen alles dafür tun, daß die Menschen, so

Wahlkampf-Argumente



lange sie können und wollen, in ihren vertrauten vier Wänden bleiben können, in denen sie vielleicht ihr ganzes Leben mit Glück und Unglück, Freud und Leid gelebt haben.

● Wir haben auch dafür gesorgt, daß sich jeder gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit absichern muß. Alle werden versichert, und zwar bei ihrer Krankenversicherung: Beamte, Selbständige und Politiker ebenso wie Arbeiter und Angestellte. Wer nicht Mitglied der gesetzlichen Krankenkasse ist, versichert sich privat. Hierfür bieten die Versicherer kostengünstige Lösungen an, die niemanden überfordern.

● Die Leistungen der Pflegeversicherung

Die Leistungen der Pflegeversicherung können sich sehen lassen.

Häusliche Pflege

Einen alten Baum verpflanzt man nicht gern. Darum hat die häusliche Pflege klaren Vorrang vor der Unterbringung im Heim.

Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit gestaffelt. Ab 1.4.1995 werden als Sachleistung zur Pflege monatlich gezahlt:

- ▶ für erheblich Pflegebedürftige bis zu 750 DM,
- ▶ für Schwerpflegebedürftige bis zu 1.800 DM,
- ▶ für Schwerstpflegebedürftige bis zu 2.800 DM,

wobei in besonderen Härtefällen die Sachleistungen bis zu 3.750 DM monatlich betragen können.

Das alternativ bereitgestellte Pflegegeld als Geldleistung beträgt monatlich für

- ▶ erheblich Pflegebedürftige 400 DM,
- ▶ Schwerpflegebedürftige 800 DM und für

▶ Schwerstpflegebedürftige 1.300 DM.

Pflegegeld und Pflegesachleistungen können auch kombiniert in Anspruch genommen werden.

Ist die Pflegeperson verhindert, übernimmt die Pflegekasse einmal jährlich für 4 Wochen die Kosten für eine Ersatzpflegekraft bis zu 2.800 DM.

Stationäre Pflege

Die stationäre Pflege tritt am 1. Juli 1996 in Kraft. Die Leistungen werden bis zu 2.800 DM monatlich (im Durchschnitt monatlich 2.500 DM) betragen.

Für Schwerstpflegebedürftige stehen zur

Vermeidung von Härtefällen ausnahmsweise bis zu 3.300 DM monatlich zur Verfügung.

Kosten für Unterbringung und Verpflegung trägt der Pflegebedürftige selbst.

Hilfe für die Pflegenden

Wer häusliche Pflege leistet, wird in den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung einbezogen, Beiträge zur Rentenversicherung werden je nach Pflegestufe und Umfang der Pflegetätigkeit zwischen 200 DM und 600 DM monatlich gezahlt.

● Der Aufbau der Pflege in den neuen Ländern

Der Sozialismus hat die Ärmsten schäbig behandelt. Nur die Produktionskraft des Menschen zählte. Deshalb besteht ein dringender Investitionsbedarf, um Pflegeheime neu zu erstellen oder zu renovieren und um die ambulante Pflege aufzubauen.

Die Finanzierung dieses investiven Nachholbedarfs für ostdeutsche Pflegeeinrichtungen erfolgt über 8 Jahre mit einer Gesamtleistung von 6,4 Milliarden DM, von denen jährlich jeweils 640 Millionen DM auf den Bund und 160 Millionen DM auf die Länder entfallen.

● Die Finanzierung

Die Pflegeversicherung wird als fünfte Säule der Sozialversicherung grundsätzlich durch gleichgroße Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert. Der Gesamtbeitrag von einem Prozent wird ab 1.1.1995 erhoben und für die Förderung der stationären Pflege ab 1.7.1996 auf 1,7 Prozent angehoben. Dies sind derzeit für den Arbeitnehmer, abhängig vom Einkommen, maximal 28,50 DM bzw. 48,45 DM im Monat.

● Die Kompensation

Die Kosten, die mit der Beschäftigung verbunden sind, dürfen nicht weiter stei-

Bernhard Vogel führt Landesliste an

Der Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz der CDU Thüringen zum Spitzenkandidaten für die am 16. Oktober anstehenden Landtagswahlen nominiert.

Auf Platz 2 wählten die 157 Delegierten in Weimar die Thüringer Europa-ministerin Christine Lieberknecht (Apolda). Auf den weiteren Plätzen der Landesliste für die Landtagswahlen folgen der Thüringer Landtagspräsident Gottfried Müller (Jena), der CDU-Fraktionsvorsitzende Jörg Schwäblein (Erfurt) und der Thüringer Kultusminister Dieter Althaus (Eichsfeld).

Die 28jährige Claudia Nolte wurde erneut zur Spitzenkandidatin für die Bundestagswahlen im Herbst nominiert. Die Ilmenauerin wurde im März 1990 in die DDR-Volkskammer gewählt und vertritt seit dem 3. Oktober 1990 die Interessen der Thüringer im Deutschen Bundestag. Auf den weiteren Plätzen folgen Manfred Grund (Eichsfeld), Harald Kahl (Ronneburg), Arnulf Kriedner (Meiningen) und Manfred Heise (Eisenach).

Spitzenkandidat der Thüringer CDU für die Europawahlen ist der Eichsfelder Rolf Berend. Er sitzt seit 1990 als Beobachter aus den jungen Bundesländern im Europaparlament.

gen. Es wäre nicht Fortschritt, sondern Rückschritt, wenn eine sozialpolitische Verbesserung mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen erkauft würde. Deshalb ist eine Kompensation der Arbeitgebermehrbelastungen notwendig.

Hierfür sind folgende Möglichkeiten vorgesehen:

- Die Länder streichen im Zusammenhang mit der ersten Stufe der Pflegeversicherung (häusliche Pflege) einen Feiertag, der stets auf einen Werktag fällt. Dies müssen die Landtage entscheiden.
- Soweit in einem Land die Kompensation durch Abschaffung von einem Feiertag nicht erbracht ist, übernehmen die Arbeitnehmer zunächst den gesamten Beitragsanteil zur Pflegeversicherung.
- Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Inkrafttreten der Zweiten Stufe der Pflegeversicherung (stationäre Pflege) zu bestimmen.

Voraussetzung ist hierfür, daß durch ein Gutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ die Frage geklärt wird, ob eine weitere Kompensation durch Abschaffung eines zweiten Feiertages notwendig und diese gegebenenfalls in erforderlichem Umfang erbracht ist.

● Die Pflegeversicherung: Ein Beitrag gegen Politikverdrossenheit

Wir haben unser Versprechen gehalten. Im Wahlprogramm 1990 hatte die CDU die Pflegeversicherung angekündigt, jetzt wird sie Wirklichkeit. Die CDU und die von ihr geführte Bundesregierung haben ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Allerdings hätten Millionen pflegebedürftiger Menschen und ihre Angehörigen schon wesentlich früher in den Genuss der Pflegeversicherung kommen können, wenn die SPD das Gesetz nicht so lange blockiert hätte.

Rentenerhöhung zum 1. Juli 1994

Zum 1. Juli 1994 werden Renten in ganz Deutschland wiederum deutlich angehoben: In den alten Bundesländern steigen die Renten um effektiv 3,39 Prozent. Die verfügbare Standardrente (Rente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Versicherungsjahren) wird sich damit zum 1. Juli 1994 auf 1.931 DM erhöhen.

In den neuen Bundesländern, wo die Renten bereits zum 1. Januar 1994 um 3,64 Prozent angehoben wurden, steigt die Rente um nochmals effektiv 3,17 Prozent. Damit wächst die Standardrente am 1. Juli 1994 auf 1.451 DM und liegt dann um 216 Prozent höher als am Tag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vor vier Jahren.

Wie schon früher bezieht sich in den neuen Ländern auch die Anpassung zum 1. Juli 1994 nur auf die Teile der Renten,

Norbert Blüm zur Rentenanpassung:

Auch in wirtschaftlich und finanziell schwieriger Zeit steigen die Renten in Ost und West entsprechend dem Anstieg der Löhne und Gehälter. An den Prinzipien der Rentenreform für die Rentenerhöhung wird nicht gerüttelt und an der Rentenanpassung nicht manipuliert.

In den vergangenen vier Jahren haben wir den Abstand der Ostrenten zu den Westrenten erheblich verringert. Unser Ziel im gemeinsamen Sozialstaat Deutschland: Rentengleichheit in Ost und West, die wir dann erreicht haben werden, wenn die Löhne gleich hoch sind.

Wahlkampf-Argumente



die nach den Vorschriften des seit 1. Januar 1992 geltenden neuen Rentenrechts anpassungsfähig sind. Denn der dem Rentenrecht fremde Sozialzuschlag wird langsam abgeschmolzen, wenn die regulären Rentenansprüche steigen.

Der Rentenanpassungssatz von 3,45 (effektiv 3,17) Prozent in den neuen Bundesländern wird sich deshalb voraussichtlich im Durchschnitt mit rund 2,8 Prozent auf die laufenden Renten auswirken. Die im Vergleich zum Anpassungssatz niedrigere effektive Rentenerhöhung kommt dadurch zustande, daß in den neuen Bundesländern die Beiträge zur Krankenversicherung von 12,5 auf 13,0 Prozent gestiegen sind.

Die Anpassung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung in den neuen Bundesländern bewirkt zugleich auch eine entsprechende Erhöhung der Kriegsopferrenten. Sie werden deshalb um ebenfalls effektiv 3,17 Prozent angepaßt. Die Bundesregierung wird noch im April die Rentenanpassungsverordnung beschließen, die anschließend noch der Zustimmung durch den Bundesrat bedarf. Das gleiche gilt für die Verordnung zur Anpassung der Leistungen der Kriegsopfersversorgung in den alten Bundesländern.

Dies zeigt: Die Politik der CDU sorgt für sichere und gerechte Renten in Ost und West. Hierauf können sich die Rentner in Deutschland verlassen. Die Senioren dürfen uneingeschränkt auf die Solidarität der erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürger vertrauen.

Schlechtwettergeld:

Spitzengespräch brachte Einigung

Ziel der Reduzierung und späteren Abschaffung des Schlechtwettergeldes war es, Verhandlungen über ganzjährige Beschäftigung und Jahresarbeitsentgelte im Baugewerbe in Gang zu setzen. Dies ist jetzt gelungen.

Nachdem in Norddeutschland das Auslaufen des Schlechtwettergeldes im März mit einem Kälteeinbruch zusammenfiel, war eine pragmatische Lösung erforderlich. Um eine allseits akzeptierte Regelung zu entwickeln, hat Norbert Blüm ein Spitzengespräch mit den Vertretern der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes und des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie geführt. Dort wurde vereinbart, daß die Tarifvertragsparteien unmittelbar nach Beendigung der Tarifverhandlungen 1994 in Verhandlungen über ein ganzjährig gesichertes Einkommen und über branchenspezifische Lösungen der Wochen- und Jahresarbeitszeit eintreten werden. Im Gegenzug hierzu will die Bundesregierung nun die Initiative dafür ergreifen, daß Schlechtwettergeld im März und November 1994 sowie im März 1995 letztmalig weitergezahlt wird. Schlechtwettergeld bleibt damit eine

Wortlaut der Vereinbarung zwischen den Tarifpartnern des Baugewerbes am 10. März:

Die Tarifvertragsparteien des Baugewerbes sind sich darüber einig, daß unmittelbar nach Beendigung der Einkommenstarifverhandlungen 1994 mit der Umsetzung der Vereinbarung vom 19. 5. 1992 (ganzjährig gesichertes Einkommen und Arbeitszeit) begonnen wird. Aufgrund dieser Vereinbarung werden die Tarifvertragsparteien in Verhandlungen über ein ganzjährig gesichertes Einkommen und die Möglichkeiten einer Verfestigung desselben sowie über bauspezifische Lösungen der Wochen- und Jahresarbeitszeit eintreten. Diese Verhandlungen werden sich auch mit der Lösung der Probleme befassen, die sich aus dem vorgesehenen Wegfall der Schlechtwettergeldregelung ergeben.

befristete Übergangslösung und wird durch eine Vereinbarung der Tarifpartner abgelöst.

Eine unbefristete Verlängerung des Schlechtwettergeldes wäre hingegen nicht zu vertreten. Auf Dauer geht es nicht an, daß alle Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung für diese Sonderleistung an die im Baugewerbe Beschäftigten aufkommen müssen, obwohl es auch andere Branchen gibt, die unter Witterungseinflüssen leiden.

Standort Deutschland: Es geht um unsere Zukunft — Jetzt!

Unter diesem Titel hat die Junge Union den Beschuß ihres Deutschlandtages vom Oktober 1993 in Bochum als Broschüre herausgegeben. Die Broschüre ist zu bestellen bei: Junge Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Tel. 0228/310011, Fax 0228/384520. — Preis: 10,— DM pro 10 Expl.

Volle Unterstützung für die Soldaten

Verteidigungsetat darf nicht zur Melkkuh der Nation werden

In einem Gastkommentar für die „Braunschweiger Zeitung“ hat sich Generalsekretär Peter Hintze zur Rolle der Bundeswehr geäußert.

Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Sie schützt Deutschland und seine Bürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr. Die Bundeswehr verteidigt Deutschland und seine Verbündeten, sie dient dem Frieden und der internationalen Sicherheit. Schutz und Sicherheit müssen unabhängig von der aktuellen Bedrohungslage gewährleistet bleiben. Die CDU bekennt sich eindeutig zur Bundeswehr. Als Bürger in Uniform verdienen die Soldaten unsere volle Unterstützung.

Wir wollen die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr erhalten. Die Diskussion um eine immer weitergehende Verkleinerung unserer Armee ist gefährlich. Deutschland muß bei seinen Verbündeten ein international verlässlicher Sicherheitspartner bleiben. Darum darf der Verteidigungsetat nicht zur Melkkuh der Nation werden.

Was die Grünen wollen

In ihrem gerade beschlossenen Bundestagswahlprogramm fordern dagegen die Grünen die Auflösung der Bundeswehr und der NATO. Die SPD schlägt in die gleiche Kerbe und verbreitet überall bundeswehrkritische Stimmung. Sie fordert eine weitere Reduzierung der Bundeswehr und setzt damit die Handlungsfä-

higkeit unserer Streitkräfte aufs Spiel. Die Truppe wird dadurch aufs höchste verunsichert. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Alfred Biehle, hat in seinem in dieser Woche vorgelegten Bericht eindringlich darauf hingewiesen.

Was die SPD will

Durch die von der SPD geforderte Auflösung von weiteren Bundeswehrstandorten werden nicht nur Arbeitsplätze bei der Bundeswehr, sondern auch die im Umfeld der betreffenden Standorte gefährdet. Linke Ideologen bei der SPD behandeln Kasernen als Bunker, die aus dem täglichen Leben ausgegrenzt werden sollen. Die Union sieht die Bundeswehr dagegen als Teil der Gesellschaft. Wir wollen eine offene Armee, die von der Bevölkerung unterstützt und getragen wird.

Zudem ist es unfair von der SPD, so mit den Soldaten und ihren Familien umzugehen, die jahrelang die Sicherheit Deutschlands erfolgreich gewährleistet haben. Ich fordere daher die besonnenen Kräfte in der SPD — jenseits von Rot-Grün — auf, sich in der SPD durchzusetzen und zur nationalen Gemeinsamkeit in Sachen Bundeswehr zurückzukehren. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich wieder hinter die Bundeswehr stellen. Auch die SPD muß sich eindeutig dazu bekennen.

Die Bundeswehr ist eine Armee des ganzen deutschen Volkes. Sie darf und wird nicht von einer Partei ausgehöhlt oder abgeschafft werden.

„Made in Ostdeutschland“ erobert den Markt

Produkte aus den neuen Bundesländern haben nicht nur ihren ehemaligen Markt zurückerobert, sondern starten zum Teil mit großem Erfolg Verkaufsoffensiven in den alten Ländern und in Europa.

Eine Marktische besonderer Art hat die sächsische Pianofortefabrik Zimmermann in Seifhennersdorf entdeckt. Das Unternehmen, das 1992 von der Treuhand aufgekauft wurde, produziert für den westdeutschen Klavierproduzenten Bechstein ein erstes deutsches Klavier für weniger als 10.000 Mark. Die 130 Mitarbeiter der Pianofortefabrik produzieren zum Teil schon in Serienfertigung, der manuelle Anteil liegt nur noch bei 55 Prozent. Demnächst, so ist geplant, wird Zimmermann ein weiteres Klavier vorstellen, das über europäischen Toncharakter verfügt und mit rund 14.000 Mark die asiatische Konkurrenz aussicht.

Das sächsische Unternehmen ist inzwischen aus den roten Zahlen heraus und hat mit einer Produktion von 3.000 Klavieren seine Kapazitätsgrenze erreicht. Zimmermann ist für 1994 völlig ausgebucht. Der Umsatz wird voraussichtlich von 9,5 auf 14 Mio. Mark steigen. (FAZ)

Edelkutsche für den Nachwuchs

Der „Mercedes“ für den Nachwuchs kommt aus Sachsen-Anhalt. Das Zeitzer Kinderwagenwerk Zekiwa ist nach Angaben der Unternehmensleitung nach mehrjähriger Flaute wieder auf dem Weg zu einem der führenden Kinder- und Puppenwagenproduzenten nicht nur in Deutschland. So wuchs im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres die Produktion um sechs Prozent. Eine Reihe von Patentierten Neuheiten oder Weiterentwicklungen, wie stufenlos höherstellbare Kinderwagen, leichte, hochwertige Fahr-

zeuge und edle Textilbezüge stießen bei frischgebackenen Müttern und Vätern auf großes Interesse. Derzeit kommen vor allem Modelle der mittleren und gehobenen Preisklasse aus Zeitz. Aber auch bei Kinder- und Puppenwagen des unteren Preisniveaus will das Unternehmen demnächst mit der Konkurrenz aus Fernost konkurrieren.

Nachrichten aus den neuen Bundesländern

Aufträge aus den europäischen Ausland liegen Zekiwa bereits aus der Schweiz, Österreich, Belgien, Dänemark und Holland vor. Um einen Markteintritt in Schweden und Finnland bemüht man sich. In Zeitz wurde im übrigen 1846 der erste deutsche Kinderwagen gebaut. (Ostsee-Zeitung)

Märchenhaft prickelnd

Internationale Absatzmärkte sucht ein weiteres Unternehmen aus Sachsen-Anhalt, das sich nach anfänglichen Problemen nach der Wiedervereinigung wieder gefangen hat. Die Sektkellerei „Rotkäppchen“ produzierte im vergangenen Jahr wieder mehr als 9,9 Mio. Flaschen ihres Sektes. Im Jahr 1991 wurden lediglich 2,9 Mio. verkauft. In den neuen Bundesländern hält die inzwischen 100jährige Sektkompanie wieder einen Marktanteil von 16 Prozent.

Um auch auf Märkten Nordamerikas und Skandinaviens sowie bei den europäischen Nachbarn bestehen zu können, sind die Freyburger Sektkellerei zur Zeit damit beschäftigt, ihre Produktion zu steigern. Im vergangenen Jahr flossen zwei Mio. Mark in die Erweiterung der Getränkekapazität, für 1994 sind weitere drei Mio. Mark geplant. (Die Welt) ■

Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung:

Erfolgreiche Umsetzung

Die Zeichen sind unübersehbar: Die Konjunktur hat die Talsohle durchschritten. Die positiven Anzeichen für einen moderaten Aufwärtstrend haben zugenommen, insbesondere auch auf dem Exportsektor. In den neuen Bundesländern macht der Aufbau der Wirtschaft und der Infrastruktur weiter deutliche Fortschritte, die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist dort zum Stillstand gekommen.

Nach wie vor bildet die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit im gesamten Bundesgebiet die zentrale Aufgabe der Politik der Bundesregierung. Wir brauchen neue Arbeitsplätze in innovativen Unternehmen, die neue Märkte erschließen und den internationalen Wettbewerb offensiv annehmen. Die Auswirkungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs werden sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Über Existengründungen, mittelständische Unternehmen und die Förderung innovativer Unternehmen, durch mehr Teilzeitarbeit und einen flexibleren Arbeitsmarkt werden als Folge des Aktionsprogramms kurz- bis mittelfristig mehrere hunderttausend neue Arbeitsplätze entstehen können.

Die tarifpolitischen Einigungen in der Chemie sowie der Metall- und Elektroindustrie sind hierzu ebenfalls wichtige Signale, welche die Bereitschaft zur Verantwortung aller Beteiligten nachhaltig unter Beweis stellen.

Die Umsetzung des Aktionsprogramms verläuft weiterhin erfolgreich und zügig. Beinahe alle dort angekündigten Maßnahmen sind jetzt auf den parlamentarischen Weg gebracht worden. Die verbleibenden werden kurzfristig folgen.

Mit dem Umsetzungspaket I des Aktionsprogramms vom 3. Februar 1994, welches in die Endphase des Gesetzgebungsverfahrens eingetreten ist, werden wichtige Gesetze wie das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994, eine Novelle des Haushaltsgesetzes, das Gesetz für kleine Aktiengesellschaften und Deregulierung des Aktienrechts sowie die 2. Postreform auf den Weg gebracht.

Das Umsetzungspaket II vom 3. März 1994 beinhaltet u.a. das Vorhaben der Einrichtung eines „Rates für Forschung,

Von Rainer Haungs, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Technologie und Innovation“ beim Bundeskanzler zur Intensivierung des Dialogs zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Staat sowie die Einrichtung einer unabhängigen Kommission für Planungs- und Genehmigungsverfahren, die vor allem mit Experten aus der Praxis besetzt wird, und Maßnahmen zur Förderung der Teilzeitarbeit. Das zweite Umsetzungspaket wird ebenfalls bald wichtige Impulse in Richtung Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum geben können.

Im dritten Umsetzungspaket, im Kabinett zum Teil in der vergangenen Woche bereits behandelt, geht es u.a. um die Finanzierung des Transrapid, um die Förderung innovativer Unternehmensgründungen, um die Stärkung des industriellen Mittelstandes sowie um Fortbildungmaßnahmen. Mehrere Maßnahmen werden in dieser Woche in den Bundestag eingebracht.

Sozialleistungen transparenter und bürger näher gestalten

Zu seiner letzten Sitzung dieser Legislaturperiode der CDU ist der Bundesfachausschuß Sozialpolitik in Osnabrück zusammengekommen. Neben aktuellen Fragen ging es vor allem auch um die Perspektiven christlich-demokratischer Sozialpolitik in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Hierzu erklärte der Vorsitzende, Hermann-Josef Arentz MdL (Köln):

Auch in der kommenden Legislaturperiode wird die Sicherung bestehender und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Mittelpunkt der Politik stehen. Die CDU hat in den 80er Jahren bewiesen, daß sie Deutschland erfolgreich aus dem Konjunkturtal herausführen kann. Die Zahl der Beschäftigten ist im Verlauf dieser Konsolidierungspolitik um über 3 Mio. gestiegen. Der CDU wird es auch gelingen, jetzt die Kräfte des Aufschwungs zu mobilisieren und Wohlstand und Arbeit für möglichst viele Menschen zu sichern.

Der neue wirtschaftliche Aufbruch, unterstützt durch den massiven Einsatz von Förderinstrumenten des Staates, wird jedoch erst mit Verzögerung positiv am Arbeitsmarkt wirksam werden. Deshalb ist es aus Sicht des Bundesfachausschusses Sozialpolitik notwendig,

- die aktive Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fortzusetzen und neue intelligente Instrumente der Arbeitsförderung zu entwickeln,
- die Arbeitskosten durch Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge bei gleichzeitiger Steuerfinanzierung der einkunftsbedingten Aufgaben der Sozialversicherung abzusenken,

● über flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit zu mehr regulärer Beschäftigung zu kommen,

- reguläre Beschäftigung in neuen Feldern, zum Beispiel in Privathaushalten, bei der Kindererziehung und -betreuung und in der Pflege stärker zu fördern und
- im Rahmen der autonomen Vereinbarung von Tarifen zu neuen intelligenten Lösungen bei der Lohngestaltung zu kommen.

Die zügige Verabschiedung der Pflegeversicherung, die nun am Streit innerhalb der SPD zu scheitern droht, ist hierfür ebenso notwendig wie die verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Modell Negativsteuer

Gleichzeitig müssen Sozialleistungen transparenter und bürger näher gestaltet sowie leistungsfördernd eingesetzt werden. Hierfür bietet das Modell der sogenannten Negativsteuer eine echte Perspektive. Die CDU Deutschlands hat sich im jetzt verabschiedeten Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ als offen für solche Überlegungen erwiesen.

Der BFA Sozialpolitik erhofft sich vom neuen Grundsatzprogramm auch einen zusätzlichen Schub für die Integration Behindter in die Gesellschaft. Behinderte haben nicht nur den Anspruch auf materielle Unterstützung in ihrer persönlichen Lebenslage, sondern auch auf volle Teilhabe am Erwerbsleben und in der Freizeit. In der kommenden Legislaturperiode muß das gesamte Recht für behinderte Menschen in einem eigenen Sozialgesetzbuch zusammengefaßt und weiterentwickelt werden.

Ein einziges Chaos

Zum finanz- und steuerpolitischen Programm der SPD erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansgeorg Hauser:

Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Scharping und sein Stellvertreter Lafontaine lassen nichts unversucht, um in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als verfüge die SPD über ein seriöses finanz- und steuerpolitisches Konzept. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch sehr schnell, daß die SPD über keinerlei Alternativen zur Finanz- und Steuerpolitik von Finanzminister Theo Waigel verfügt.

Scharpings Vorschläge sind unglaublich. Führende SPD-Politiker sagen genau das Gegenteil.

Beispiel:

Scharping ist gegen zusätzliche Ausgaben und „knüppelhart“ gegen Steuererhöhung (Bild-Zeitung vom 31. 1. 1994).

Diese Lippenbekenntnisse werden nicht mal von seinen eigenen Leuten ernst genommen.

- So fordern der Hamburger Bürgermeister Voscherau und der SPD-Sozialpolitiker Dreßler eine drastische Erhöhung der Erbschaftsteuer.
- Der finanzpolitische Sprecher der SPD, Poß, will die Einheitswerte von Grundstücken an die Verkehrswerte heranführen.
- Die Linksaufßen der SPD (Frankfurter Kreis) präsentieren gleich eine ganze Liste von Steuererhöhungen, u. a. mit einer höheren Besteuerung der Wertstei-

gerung von Immobilien und einer Vermögensabgabe auf Geldvermögen der privaten Haushalte.

Die finanzpolitischen Vorstellungen der SPD sind in sich widersprüchlich.

Beispiel:

- Scharping will Investitionen fördern. Gleichzeitig lehnt die SPD insbesondere eine Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer kategorisch ab, was nach Meinung aller Experten der wichtigste Beitrag zur Stärkung der Investitionstätigkeit der Wirtschaft wäre. Darüber hinaus sollen nach dem erklärten Willen der SPD Gewerbesteuer und Vermögensteuer in den neuen Bundesländern, wo Investitionen besonders

Wahlkampf-Argumente



wichtig sind, wieder eingeführt werden. Zugleich werden die investitionsfördernden Maßnahmen des Standortsicherungsgesetzes, wie Senkung der betrieblichen Steuersätze, von Frau Matthäus-Maier als Steuergeschenke für die Unternehmer diffamiert.

- Scharping will die Mineralölsteuer nicht erhöhen. Gleichzeitig soll aber der Energie- und Materialverbrauch erhöht besteuert werden.

Die steuerpolitischen Vorstellungen der SPD führen zu erheblichen Mehrbelastungen,

breiteste Kreise der Bevölkerung werden kräftig zur Kasse gebeten.

- Scharping will „leistungslose“ Einkommen stärker als bislang besteuern. Bislang gilt für Kapitaleinkünfte ein Freibetrag von 6.000/12.000 DM (Alleinstehende/Verheiratete). Nach den SPD-Vorstellungen müßten deshalb Millionen von Sparsamen, die unter Konsumverzicht etwas auf die hohe Kante gelegt haben, mit einer deutlichen Erhöhung ihrer steuerlichen Belastung rechnen.
- Die Anhebung der Einheitswerte für Grundstücke auf die Verkehrswerte, wie vom finanzpolitischen Sprecher der SPD, Poß, gefordert, würde dazu führen, daß Millionen von Eigenheimbesitzern mit stark erhöhten Grundsteuern zu rechnen hätten.

Die steuerpolitischen Vorstellungen der SPD schwächen die deutsche Wirtschaft

- Scharpings Pläne einer Steuererhöhung für „Besserverdienende“ („wer monatlich 2.000 DM Steuern zu zahlen hat, kann auch 2.200 DM zahlen“) führen zu erheblichen Steuermehrbelastungen bereits für Facharbeiter, kleine und mittlere Handwerksbetriebe, Einzelhändler und Gewerbetreibende. Je nach Ausgestaltung im Einzelfall würde die Wirtschaft von Zusatzbelastungen in einer Größenordnung von 2 Mrd DM getroffen werden. Damit würden den Betrieben notwendige Investitionsmittel für 160.000 Arbeitsplätze entzogen.
- Die von der SPD geforderte Energiesteuer im nationalen Alleingang würde zu einer einseitigen zusätzlichen Belastung der deutschen Wirtschaft führen und ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den europäischen Konkurrenten weiter schwächen, ohne daß damit irgend etwas

für den Umweltschutz erreicht werden würde. Denn bekanntlich machen flüssige und gasförmige Schadstoffe nicht an den Landesgrenzen halt.

Die SPD schürt den Sozialneid, Leistung soll sich nicht mehr lohnen.

Mit massiven Steuererhöhungen für „Besserverdienende“ will die SPD nach alter sozialistischer Manier eine bislang nicht dagewesene Umverteilung durchsetzen (ihr finanzpolitischer Sprecher Poß spricht von rd. 100 Mrd. DM allein bei der Einkommensteuer). Begründet werden diese Forderungen mit dem Märchen von der „Gerechtigkeitslücke“ und populistischen Phrasen, wie „Entlastung der kleinen Leute“, „Verlagerung finanzieller Lasten auf die starken Schultern“ usw.

Die SPD-Forderungen lassen sich sachlich nicht begründen und gehen an der sozialen Wirklichkeit vorbei.

So hat das renommierte Institut „Finanzen und Steuern“ in seiner neuesten Studie „Zur Notwendigkeit der Reform des Einkommensteuertarifs“ auf die erhebliche Belastungsprogression des geltenden Einkommensteuertarifs hingewiesen und ausgeführt, daß der Tarif keine „Gerechtigkeitslücke“ enthält und eine Erhöhung der Tarifbelastung unter dem Vorwand, eine „Gerechtigkeitslücke zu schließen, weder geboten noch sinnvoll ist.“

Der bereits bestehende starke Umverteilungseffekt der Einkommensteuer zeigt sich darin, daß

- die oberen 25 Prozent der Steuerpflichtigen 71,1 Prozent der Einkommensteuerbelastung tragen bei einem Einkommensanteil von 58,9 Prozent;
- die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen sogar einen Anteil an der Einkommensteuer von 50,5 Prozent aufzubringen haben, bei einem Anteil von 35,9 Prozent am zu versteuernden Einkommen.

Karl Otto Pöhl: Keine Übereinstimmung mit der Finanz- und Steuerpolitik der SPD

Karl Otto Pöhl in der „Wirtschaftswoche“ über die Finanz- und Steuerpolitik der SPD:

Frage: Herr Pöhl, werden Sie im Herbst Finanzminister, falls die SPD die Wahlen gewinnt?

Pöhl: Offenbar hält sich dieses Gerücht hartnäckig. Aber ich versichere Ihnen, da ist nichts dran.

Frage: Immerhin sind Sie seit 1948 SPD-Mitglied...

Pöhl: ... aber ich war nie Politiker, sondern als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Beamter und später Präsident der Bundesbank.

Frage: Gleichwohl hat SPD-Chef Rudolf Scharping Ihnen den Posten als Finanzminister angeboten.

Pöhl: Wir haben dieses Thema kurz angeschnitten. Aber ich habe gesagt,

dass ich für ein politisches Amt nicht zur Verfügung stehe. Ich war 17 Jahre in Bonn tätig und 14 Jahre bei der Bundesbank. Ich denke, das reicht.

Frage: Ein Zugpferd wie Sie würde die Siegchancen der SPD deutlich erhöhen!

„Höchst bedenklich“

Pöhl: Mag sein. Aber ich stimme mit der aktuellen Finanz- und Steuerpolitik der SPD überhaupt nicht überein. Einige Vorschläge finde ich sogar im höchsten Maße bedenklich, etwa die Höherbesteuerung der sogenannten Besserverdienenden. Die Steuer- und Sozialabgabenbelastung in Deutschland ist schon jetzt so hoch wie nie zuvor. Und es fällt der SPD nichts Besseres ein, als die Schrauben noch weiter anzuziehen.

Ein weiteres Andrehen der Steuerschraube würde gerade die Leistungsträger der Gesellschaft treffen und jeglichen Anreiz für eine Leistungssteigerung nehmen.

Die Vorstellungen der SPD untergraben das Vertrauen der internationalen Finanzwelt in die Stabilität der DM.

Die vielen Forderungen der SPD lassen sich nicht seriös finanzieren. Es ist deshalb zu befürchten, daß die SPD wie schon in den Jahren vor der Wende ihre ideologischen Lieblingsprojekte über eine Erhöhung der staatlichen Neuverschuldung finanzieren wird.

Die Auswirkungen auf unsere Geldwert-

stabilität waren katastrophal. Mit einer „Scharping-Mark“ wird der Bürger sehr viel weniger in der Tasche haben als heute.

Wie ernst diese Befürchtungen zu nehmen sind, beweisen nicht zuletzt die abenteuerlichen steuerpolitischen Vorschläge der Grünen, die Steuer- und Abgabenerhöhungen in einer Größenordnung von rd. 70 Mrd DM fordern. Eine Umsetzung dieser Maßnahmen würde der deutschen Wirtschaft unweigerlich den Garaus machen.

Scharping hat sich von den Vorstellungen der Grünen, die nicht nur in Niedersachsen eine Koalition mit der SPD eingehen wollten, bislang mit keinem Wort distanziert.

SPD-Panikmache

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth, erklärte:

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther von der SPD, betreibt mit seinen polemischen Äußerungen zum Bundeshaushalt 1994 reine Panikmache und baut Schreckenszenarien auf, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Das Schlimme ist, Rudi Walther weiß es besser, er ordnet sich aber offensichtlich der Polemik-Strategie der gesamten SPD unter.

Ganz offensichtlich ist, daß die SPD mit ihren „Prognosen“ seit Jahren falsch liegt. In den 80er Jahren belegte sie unsere erfolgreiche Finanzpolitik, die im Ergebnis bis 1989 zu über 3 Millionen neuen Arbeitsplätzen geführt hat, mit dem Schlagwort „Kaputtsparen“.

Mit ihrer „Prognose“ vom Sommer 1993, die Nettokreditaufnahme 1993 werde auf 80 Mrd. DM ansteigen, hat sie Schiffbruch erlitten. Im Ergebnis schloß der Haushalt 1993 mit 66,2 Mrd. DM und einem im Vergleich zum Soll punktgenauen Ergebnis ab.

Dieses gleiche unwürdige Herumpolemieren wird fortgesetzt. Die SPD spricht wider besseres Wissen von einem Anstieg der Nettokreditaufnahme 1994 aufgrund gesamtwirtschaftlicher Annahmen. Der Bundeshaushalt 1994 basiert, dies hat der Bundesfinanzminister zu Recht oft genug betont, auf realistischen Annahmen.

Ein reales Wirtschaftswachstum im Westen von 1/2 bis 1 v. H. erscheint erreichbar und der Haushalt basiert auf einem unvermeidlichen jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosen von etwa 450.000. Insofern gibt es bei den Etatansätzen nach gegenwärtigem

Erkenntnisstand aller Sachverständigen kein gesamtwirtschaftliches Risiko, wie es die SPD suggeriert.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben ein umfassendes Sparkonzept in den Haushalt eingearbeitet und im wesentlichen durchgesetzt. Die SPD hat nicht nur keine eigenen Sparkonzepte vorgelegt, sondern ihre Verweigerungshaltung im Bundesrat hat uns leider rd. 2 1/2 Mrd. DM geringere Einsparungen gebracht,

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG 94



was überdeutlich die Lücke zwischen Handeln und Reden bei der SPD verdeutlicht. Der SPD-„Superexperte“ Lafontaine redet von der Notwendigkeit, alle sozialen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen, verteufelt aber die zu hohe Verschuldung des Bundes und belegt die notwendigen Sparmaßnahmen mit demagogischen Schlagwörtern. Dabei sollte er an seinen saarländischen Landeshaushalt denken, der nur mit den erheblichen Ergänzungszuweisungen des Bundes einigermaßen über Wasser gehalten wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird an ihrer restriktiven Ausgabenpolitik konsequent festhalten. Nur diese Politik stützt die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland durch mittelfristige Senkung der zu hohen Steuer- und Abgabenbelastung, durch Absenken der konjunktuell überhöhten öffentlichen Kreditaufnahmen und durch Senkung der Staatsquote. Hierzu ist es notwendig, daß auch Länder und Gemeinden die Sparstiefel des Bundes anziehen.

SPD-Regierungsprogramm für Bildung, Forschung und Kultur

Allgemein, unverbindlich, konfliktscheu

„Die SPD wird Bildung, Forschung und Kultur zu großen Themen der politischen Auseinandersetzung im Jahr 1994 machen und der notorischen Zweitrangigkeit dieser Aufgabenfelder in der Regierung Kohl ein Ende bereiten.“

Mit dieser gewaltigen Ankündigung hat Peter Glotz die Vorschläge für Bildung, Forschung und Kultur im Regierungsprogramm 94 der SPD vorgestellt und damit die Messlatte auf eine Marke gelegt, über die zunächst das Programm und anschließend die praktische Politik springen sollen und müssen. Tatsächlich bleibt schon das Papier weit hinter den Ansprüchen zurück, die hier reklamiert werden. Die

Von Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

im allgemeinen angekündigten neuen Prioritäten für Bildung, Forschung und Kultur werden konkret fast nirgendwo eingelöst.

Die Forderung nach einem Bildungsrat „als Ideenbörse“ und einem Technologierat zur „Förderung des Dialogs“ ist nicht besonders originell. Die Einsicht, „Chan-

Wahlkampf-Argumente



cengleichheit und Effizienz gehören zusammen“, reicht nicht viel weiter als zu der allgemeinen Forderung, daß „die Rolle der Frauen in diesen Bereichen künftig von realer Chancengleichheit geprägt wird. Dazu gehören auch Regelungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung“.

Wer durch die Ankündigung nach einem „neuen Generationenvertrag für Bildung und Jugend“ neugierig geworden ist, findet in der Abteilung „Verteilung öffentlicher Mittel“ die unverbindliche Festlegung, die SPD wolle „den Anteil der Bildungs- und Wissenschaftsaufgaben am Bruttosozialprodukt angemessen (!) anheben“.

Viele völlig unstreitige Anliegen der Bildungspolitik werden im SPD-Programm aufgeführt. Von der Offenheit unseres Bildungssystems für alle jungen Menschen „entsprechend ihrer Begabungen und Neigungen“ über die berufliche Bildung als „gleichberechtigten Weg zur fachlichen und sozialen Kompetenz“, die Notwendigkeit eines ausreichenden Ausbildungsbildungsangebotes bis zu verbesserten Aufstiegsmöglichkeiten für Fachkräfte auch ohne Studium. Bemerkenswert ist da allenfalls das ausdrückliche Bekennen zur „Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, wie sie heute besteht“ oder die Wiederentdeckung des Bildungssystems „als Ort der Integration und der Vermittlung gesellschaftlicher Grundüberzeugungen und Werte“. Die erklärte Bereitschaft zu einem „neuen

Anlauf in der Hochschulreform“ bleibt freilich wie das Programm im ganzen allgemein, unverbindlich und konfliktscheu. Mutige Innovationen im Bereich des Hochschulzugangs, der Finanzierung der Hochschulen oder der Auswahl und Rechtsstellung der Hochschullehrer, die bei den jeweils Betroffenen selten populär sind, werden konsequent gemieden: Der „effizientere Einsatz der vorhandenen Ressourcen“ wird ausdrücklich eingefordert und zugleich „die Einführung eines Zentralabitur von Studiengebühren und Zwangsimmatrifikationen“ ebenso ausdrücklich abgelehnt.

Lieblingswort „angemessen“

Immerhin sollen Bund und Länder die Hochschulen „angemessen“ ausstatten, eine „angemessene“ Mitbestimmung in Selbstverwaltung, Lehre und Forschung“ wird ebenso eingefordert wie der Wohnraumbau als gemeinsame Aufgabe von

Bund und Ländern, „an der sich eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung“ — na wie wohl, „angemessen beteiligen wird“.

Alles soll so bleiben wie bisher

Die zentrale Botschaft des SPD-Programms für Bildung, Forschung und Kultur im Regierungsprogramm 94 lautet: Im großen und ganzen kann alles so bleiben wie bisher, es müßte nur ein wenig besser werden und natürlich dafür mehr Geld zur Verfügung stehen. Bei der Programmvorstellung hat Peter Glotz erklärt: „Unser Programm wird sich nicht um den Gedanken herumdrücken, daß man in unserer Gesellschaft, erst recht aber in Bildung und Wissenschaft, zwischen Erstklassigem, Durchschnittlichem und Schlechtem unterscheiden muß.“ Eine erstklassige Empfehlung, die das eigene Programm allerdings als bestenfalls durchschnittlich klassifiziert.

Erfolgreiches Frischluft-Seminar zur Mädchenarbeit

Bei einem gemeinsamen Seminar des christlich-demokratischen Kinder- und Jugendverbandes Frischluft e. V. und des Mädchenprojektes Erfurt e. V. zum Thema Mädchenarbeit wurde den Teilnehmerinnen ein Einblick in die vielfältigen Möglichkeiten der Jugendarbeit mit Mädchen ermöglicht.

Das Mädchenprojekt Erfurt e.V. ist ein Modellprojekt des Bundes in den jungen Bundesländern. In seinen Räumen können Spiel- und Theatergruppen ebenso aktiv sein, wie es dort Angebote für Tanz, Selbstverteidigung, Billard, Foto- und Videowerk-

statt und Computer gibt. Außerdem hat das Mädchenprojekt eine eigene Bibliothek.

Die Teilnehmerinnen des Seminars, die aus ganz Thüringen kamen, konnten zahlreiche Anregungen zur Mädchenarbeit mit in ihre Städte und Gemeinden zurücknehmen. Weitere Veranstaltungen von Frischluft e.V. und des Mädchenprojektes sind für den Herbst geplant.

Informationen über die Angebote von Frischluft sind erhältlich bei:

Frischluft e.V., Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Tel.: (02 28) 31 00 23, Fax.: (02 28) 31 47 03.

Hannelore Rönsch:

Impulse in der Seniorenpolitik

Das vergangene Jahr 1993 — das Europäische Jahr der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen — hat mit einer Vielzahl von Veranstaltungen Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen über die Belange Älterer informiert und das Miteinander von Alt und Jung gefördert. In Deutschland haben Bund, Länder und Gemeinden, Verbände, Seniorenorganisationen und Initiativen z. B. Tagungen und Seminare, Wettbewerbe und Gesprächskreise veranstaltet.

Die Staaten der EG sind auch in bezug auf die Seniorenpolitik „näher zusammengerückt“: Politischer Abschluß und Höhepunkt des EG-Jahres war der gemeinsam erstellte Zielkatalog für eine Seniorenpolitik in Europa. Dazu hatte ich bei der Konferenz der für Seniorenpolitik zuständigen EG-Minister im Januar 1993 den Anstoß gegeben. Der Zielkatalog wurde von einer internationalen Arbeitsgruppe im Laufe des Jahres 1993 ausgearbeitet und im Dezember in Brüssel als Grundsatzklärung verabschiedet. Ich begrüße sehr, daß die Mitgliedstaaten der Europäischen Union meine Initiative aufgegriffen haben.

Der Zielkatalog bildet eine gute Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit, für einen intensiveren Meinungs- und Erfahrungsaustausch auch nach Abschluß des EG-Jahres. Das halte ich für wichtig. Denn trotz nationaler und regionaler Unterschiede stehen wir in der Politik für ältere Menschen vor den glei-

chen Fragen und Aufgaben. Die demographische Entwicklung ist in ganz Europa eine Herausforderung. Alle Länder müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ältere Menschen solange wie möglich aktiv in der Gesellschaft mitwirken und ihre Selbständigkeit erhalten können.

Ein wichtiges Gestaltungsprinzip unserer Politik ist die Wahrung der Menschenwürde in allen Lebensphasen und der Respekt vor der Mündigkeit auch der älteren Menschen. Deshalb ist es wichtig, die politischen Konzepte im Dialog mit Seniorinnen und Senioren zu entwickeln. Dies geschieht auf verschiedenen Wegen und Ebenen.

Seniorenpolitik, die die wirklichen Bedürfnisse der Menschen berücksichtigt,

**Bundesministerin
für Familie und Senioren,
Hannelore Rönsch:
Wir müssen das Miteinander
der Generationen fördern.**

tigt, muß davon ausgehen, daß es „die Alten“ als eine einzige Gruppe gar nicht gibt. Ältere Menschen unterscheiden sich im Hinblick auf ihre Lebenssituation und Lebensperspektive. Im September vergangenen Jahres konnte ich dem Kabinett und dem Parlament den Ersten Altenbericht der Bundesrepublik Deutschland zuleiten.

Der Bericht der Sachverständigenkommission, versehen mit einer Stellung-

nahme der Bundesregierung, bietet eine umfassende Analyse der Situation älterer Menschen in Deutschland. Darüber hinaus enthält er vielfältige Anregungen und Empfehlungen zur weiteren Gestaltung der Altenpolitik, die nun auf allen Ebenen aufgegriffen werden sollten. Der Bericht bestätigt die Notwendigkeit eines differenzierten — an der Lebenslage der verschiedenen Gruppen älterer Menschen orientierten — Ansatzes in der Altenpolitik und die Ziele der Altenpolitik der Bundesregierung.

Bundesaltenplan gibt Impulse

Die altenpolitischen Leitgedanken spiegeln sich als Förderziele im Bundesaltenplan wider. Der Bundesaltenplan — 1992 nach dem Vorbild des Bundesjugendplans eingerichtet — ist ein Förderinstrument zur Weiterentwicklung der Altenhilfe und der Altenarbeit und gibt Impulse zu einer innovativen Politik für ältere Menschen. Der Bundesaltenplan hat 4 Förderschwerpunkte, die jeder für sich genommen einen eigenen altenpolitischen Schwerpunkt der Bundesregierung darstellen:

- Die Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Beteiligung älterer Menschen;
- die Unterstützung hilfs- und pflegebedürftiger älterer Menschen, um ihnen trotz ihrer Situation Selbständigkeit zu erhalten;
- die Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland;
- den Ausbau der internationalen Seniorenpolitik.

Ein zentrales Programm, das im Rahmen des erstgenannten Schwerpunkts des Bundesaltenplans gefördert wird, ist das „Modellprogramm Seniorenbüro“. Hier von erwarte ich — auch aufgrund der bis-

herigen positiven Resonanz — eine flächendeckende Initialzündung zur Förderung der Selbständigkeit und gesellschaftlichen Beteiligung älterer Menschen. Das „Modellprogramm Seniorenbüro“ setzt an folgender Überlegung an: Die Mehrheit der älteren Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ist heute nicht auf fremde Hilfe angewiesen. Diese gesunden und tatkräftigen Älteren haben häufig nach Beendigung ihres Berufslebens noch ein Viertel, manchmal sogar noch ein Drittel ihres Lebens vor sich.

Mit dem Ausscheiden aus dem Beruf oder dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus kann für sie eine schwierige Situation entstehen: Sie empfinden einen solchen Einschnitt unter Umständen als Verlust ihres bisherigen Lebensmittelpunktes. Dabei stellt sich der Politik die Aufgabe, ein lebenszugewandtes Altwerden zu ermöglichen. Wir müssen ältere Menschen bei der Suche nach selbstbestimmten, neuen Lebensperspektiven unterstützen, ihnen die Möglichkeit eröffnen, die im Lebenslauf gesammelten Erkenntnisse und Erfahrungen auch im Alter zu nutzen. Noch liegt ein großes Potential teilweise brach. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die Einbindung dieses Potentials zu verzichten.

Seniorenbüros eingerichtet

Hier setzt die Kompetenz der Seniorenbüros an: Durch Seniorenbüros soll der ehrenamtliche Einsatz älterer Menschen vermittelt werden; die Büros zeigen Handlungsmöglichkeiten auf, die den eigenen Vorstellungen der Älteren entsprechen. Dabei sollen nicht nur bereits aktive Senioren angesprochen werden, sondern möglichst auch diejenigen, denen es schwerfällt, Kontakte zu knüpfen.

Junge Union jetzt mit KomSys-Angebot

Die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union in der Annaberger Straße in Bonn ist als erste Vereinigung an das neue Kommunikationssystem der CDU angeschlossen.

Während des CDU-Bundesparteitages in Hamburg hat die JU in Zusammenarbeit mit der Union Betriebs GmbH (UBG) modellhaft dieses System genutzt, um auf Aktivitäten und Aktionen während des Bundesparteitages hinweisen zu können. Delegierte und Gäste sowie Journalisten konnten rund um die Uhr aktuelle Infos abfragen und waren jederzeit topaktuell informiert.

Abrufbereit waren auf diese Weise u. a. alle Anträge der Jungen Union zum neuen CDU-Grundsatzpro-

gramm, die Namen aller Delegierten unter 35 Jahren, Textauszüge aus dem JU-Magazin „Die Entscheidung“, Infos zum Info-Stand „Partiereform und Verjüngung“ sowie der aktuelle Werbemittelkatalog der JU-Bundesgeschäftsstelle.

Reibungslos und effektiv

Mit der Einrichtung von KomSys sei gewährleistet, so JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein, daß CDU und Vereinigungen insbesondere in den heißen Wahlkampfphasen reibungsloser und effektiver kommunizieren könnten. Nun müsse schnell auch der Anschluß der JU-Landesgeschäftsstellen an KomSys in die Tat umgesetzt werden.

Aufgabenschwerpunkte der Seniorenbüros sind

- nachberufliche Tätigkeitsfelder und ehrenamtliches, soziales Engagement;
- Selbsthilfeaktivitäten und Selbsthilfegruppen;
- Einbindung älterer Menschen in Nachbarschaften und Beziehungsnetze.

Darüber hinaus können Seniorenbüros auch zusätzliche Angebote entwickeln. Es bestehen zwar heute schon vielerorts Einzelinitiativen, aber es ist oft schwierig, „Angebot“ und „Nachfrage“ miteinander in Kontakt zu bringen. Dies sollen Seniorenbüros leisten. Seniorenbüros treten deshalb auch nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Angeboten in den Kommunen, sie unterstützen diese Angebote zusätzlich. Gerade durch die Kooperation und Vernetzung verschiedener Einrichtungen und Initiativen erhält die

Altenarbeit in den Kommunen neue Chancen.

In der ersten Phase der Modellförderung wurden bundesweit ab 1992 über 30 Seniorenbüros eingerichtet; in einer zweiten Modellphase sind weitere 20 Seniorenbüros geplant. Aus dem Bundesaltersplan stehen in 1994 hierfür rd. 7 Mio. DM zur Verfügung. M. E. handelt es sich hier um den wichtigsten Ansatz der Seniorenpolitik in den nächsten Jahren. Altenpolitik muß sich bemühen, zukünftige Entwicklungen und ihre Konsequenzen für den einzelnen und die Gesellschaft soweit als möglich vorausschauend zu begegnen. Dazu gehört vor allem, die Integration und gesellschaftliche Teilhabe Älterer zu fördern sowie das Miteinander der Generationen. Ich denke, auf diesem Wege ist die Zukunft unserer Gesellschaft positiv zu gestalten.

GATT-Beschlüsse für die deutsche Landwirtschaft positiv umsetzen

Nach seiner Wahl zum neuen Vorsitzenden des Bundesfachausschusses „Agrarpolitik“ der CDU erklärte Reimer Böge, MdEP:

Vorrangiges agrarpolitisches Ziel der CDU ist die Sicherung des Agrarstandortes Deutschland. Die Landwirtschaft muß auch nach der EU-Agrarreform und dem Abschluß der GATT-Verhandlungen in Deutschland eine Zukunft haben. Rückwärts gewandte Diskussionen, ob die Reform in allen Teilen richtig gewesen sei, und Kritik am GATT-Abschluß helfen da nicht weiter.

Fest steht, daß es zur Reform keine realistische, mehrheitsfähige Alternative gab und ein GATT-Ergebnis erreicht werden konnte, mit dem die Landwirtschaft insgesamt leben kann. Ziel der CDU ist es nun, die Beschlüsse positiv für die deutsche Landwirtschaft umzusetzen. Dies heißt in erster Linie Erreichung des Marktgleichgewichtes und Stabilisierung der Einkommen. Die CDU ist die einzige relevante demo-

kratische Partei, die mit ihrer Politik den Interessen der Landwirte Rechnung trägt. Gerade in einer Zeit, in der Sparen ange sagt ist, zeigt sich, wer wirklich zur Landwirtschaft steht.

Der Bundesfachausschuß „Agrarpolitik“ der CDU wird schonungslos aufzeigen, wo in Deutschland eine Politik zugunsten der Landwirte betrieben wird, wo soziostrukturerlicher Ausgleich in den alten und Anpassungshilfen in den neuen Bundesländern gezahlt werden und wo hingegen Geld statt dessen in einseitige Extensivierungsprogramme gesteckt wird.

Entlarvende Vorstellungen der sächsischen SPD

Wenn z. B. der SPD-Kandidat für das Wirtschaftsressort in Sachsen, Hasso Düvel, fordert, Bauern zu beim Staat angestellten Landschaftspflegern zu machen und den Nahrungsmittelbedarf aus Importen zu decken, entlarvt er sich und die SPD. Die CDU wird alles daran setzen, eine solche Politik zu verhindern.

Reimer Böge neuer Vorsitzender des Bundesfachausschusses Agrarpolitik

Reimer Böge MdEP ist seit Februar dieses Jahres neuer Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Agrarpolitik“ der CDU. Er folgt Richard Bayha, der im Herbst plötzlich und unerwartet verstorben ist, im Amt. Der 43jährige Diplom-Agraringenieur und selbständige Landwirt Reimer Böge ist seit April 1989 Landesvorstandsmitglied der CDU-Schleswig-Holstein. Im Europaparlament nimmt er die Funktion des Agrarpolitischen Sprechers der EVP-Fraktion ein.



Einladung zur Fördermitgliedschaft bei Frischluft e.V.

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. wurde im Jahr 1989 gegründet. Als freier Träger der Jugendhilfe unterbreitet er vor allem Angebote im Bereich der Jugendarbeit. Daneben organisiert der Verband Jugendfreizeiten und Jugendbegegnungen. Die Angebote berücksichtigen dabei vor allem auch junge Familien.

Ein Schwergewicht der Arbeit des Verbandes liegt in den jungen Bundesländern. Hier hat Frischluft schon im Frühjahr 1990 das Büro für demokratische Jugendarbeit im damaligen Ostteil Berlins gegründet und von dort den Aufbau demokratischer Jugendstrukturen in den jungen Bundesländern unterstützt.

Frischluft e.V. versteht sich als Teil der christlich-demokratischen Bewegung. Seine Arbeit basiert auf der Grundlage eines christlich geprägten Menschenbildes.

Die Arbeit von Frischluft e.V. ist zu einem wesentlichen Teil vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder abhängig. Dennoch benötigt auch Frischluft weitere Unterstützung und ist dafür auf Förderer angewiesen. Zu diesem Zweck besteht bei Frischluft e.V. die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. Fördermitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag nach freier Wahl, mindestens jedoch 150 DM.

Zum Aufbau der Verbandstrukturen in den jungen Bundesländern gibt es auch die Möglichkeit von Sachspenden. Weitere Informationen dazu sind bei der Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e.V.,

**Annabergerstraße 283,
53175 Bonn,
Telefon (02 28) 31 00 23,
Fax (02 28) 31 47 03, erhältlich.**

Frischluft e.V. ist vom Finanzamt Bonn-Außenstadt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Der Verband ist für jede Unterstützung dankbar. Für Rückfragen steht die Geschäftsführerin Angela Behet zur Verfügung.



Frischluft

christlich demokratischer Kinder- und Jugendverband

- Ich möchte Frischluft e. V. durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Antrag zu.
- Ich möchte Frischluft e.V. mit einer Sachspende unterstützen. Bitte setzen Sie sich mit mir in Verbindung.
- Ich überweise in den nächsten Tagen eine Spende auf Ihr Konto 21000880 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) und bitte um Zusendung einer Spendenquittung.

Meine Anschrift:

Bitte abtrennen und senden an:
Frischluft e.V., Annaberger Str. 283,
53175 Bonn, Telefon (02 28) 31 00 23,
Fax (02 28) 31 47 03

47. Bundesdelegiertenversammlung

Miteinander streiten – Gemeinsam handeln

Vom 4. bis 6. März fand in Königswinter bei Bonn die 47. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) statt. Mehr als 200 Studenten nahmen daran teil.

Zum neuen Bundesvorsitzenden wählte die Versammlung den 24jährigen Bonner Jura-Studenten Oliver Röseler. Zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurde Christoph Holle (24 Jahre), Student des Wirtschaftsingenieurwesens aus Berlin, gewählt. Neuer Bundesschatzmeister wurde der 27jährige Maschinenbaustudent Jürgen Kempf aus Kaiserslautern.

Prominente Gäste

Auch in diesem Jahr waren zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Hochschule zu Gast: Generalsekretär Peter Hintze hob in seinem Grußwort auf die besonderen Herausforderungen des Wahljahres 1994 ab. Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, und Prof. von Mutius, Präsident des Deutschen Studentenwerkes, gingen auf aktuelle Fragen der Bildungsreform und der Ausbildungsförderung ein.

Mit einem engagierten Vortrag zur wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands fesselte Rüdiger von Voss, Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU e.V., die Teilnehmer. Einen Höhepunkt der Bundesdelegiertenversammlung bildete der Besuch der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel. Über zwei Stunden diskutierte sie mit den Studenten über Themen wie innere Einheit, Folgen der demographischen Entwicklung, zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik und Reform des Hochschulwesens.

Unter dem Motto „Miteinander streiten – Gemeinsam handeln“ stand auch in diesem Jahr die Beratung zahlreicher Anträge im Vordergrund der Veranstaltung. Als Leitantrag wurde mit großer Mehrheit das neue Europapolitische Programm des RCDS beschlossen. Das Programm skizziert ein detailliertes Konzept für die institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Union. Der RCDS hält dabei an der bundesstaatlichen Ordnung Europas fest.

Weiter stellt das Programm ein Modell für eine künftige europäische Hochschullandschaft vor. Zwei Stoßrichtungen stehen dabei im Vordergrund: Zum einen soll für Studenten der Weg ins europäische Ausland erleichtert und vielfältiger gestaltbar gemacht werden. Zum anderen sollen Bildungsangebote im Inland europäisiert werden. Der Bundesvorsitzende erklärte dazu: „Studienmöglichkeiten im Ausland werden auch künftig nicht von allen Studenten genutzt werden können. Daher müssen in der nationalen Hochschulausbildung europäische Bezüge weit stärker als bisher zum Tragen kommen.“

Umweltbildung hat Priorität

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde das Umweltpolitische Programm des RCDS verabschiedet. Dem Gedanken der Umweltbildung wird darin besondere Priorität verliehen. Nur eine umfassende Umwelterziehung der gesamten Bevölkerung schaffe die Akzeptanz, auf deren Grundlage Umweltpolitik zum Erfolg kommen könne. An den Hochschulen müssten daher ökologische Aspekte nicht nur bei Forschungsprojekten, sondern insbesondere auch bei den Lehrinhalten stärkeren Eingang finden.

Materialien vom 5. Parteitag in Hamburg

● Helmut Kohl: Wir setzen auf Sieg. Dafür kämpfen wir mit vereinten Kräften!

„Wir wollen diese Wahlen gewinnen. Das Ziel ist Sieg und nicht Platz.“ Mit diesen Worten stimmte der Bundesvorsitzende Helmut Kohl die Delegierten des Hamburger Parteitages auf den Wahlmarathon des laufenden Jahres ein. Er bekennt sich in dieser Rede zur Europäischen und Deutschen Einheit als „zwei Seiten der gleichen Medaille“ sowie zu den Grundwerten „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“. Gleichzeitig warnte der Kanzler vor einer außenpolitischen Isolierung durch eine rotgrüne Koalition und erinnerte die Delegierten an die Haltung der SPD vor der deutschen Wiedervereinigung.

Bestell-Nr.: 3822

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,50 DM

● Peter Hintze: Geschlossen in den Wahlkampf '94

Unter diesem Motto stand die Rede des Generalsekretärs auf dem Hamburger Parteitag. Er warnte die Delegierten vor der Profilierungssucht einzelner Partei-freunde, da dadurch der vielfdiskutierten Politikverdrossenheit nur Vorschub geleistet wird. Darüber hinaus erklärt der Generalsekretär in dieser engagierten Rede die schwerpunktmaßigen Themen, mit denen die CDU das laufende Wahljahr bestreiten wird.

Bestell-Nr.: 3823

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,50 DM

● Wolfgang Schäuble: Wir dürfen die Verantwortung nicht Rot-Grün überlassen

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wirbt in dieser Rede für mehr Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft sowie für mehr Arbeitsplätze auch im privaten Bereich. In seiner vorwiegend der Wirtschaftspolitik gewidmeten Rede zieht Schäuble eine Bilanz der CDU-geführten Regierungskoalition und erläutert die Notwendigkeit des eingeschlagenen Sparkurses. Da diese Sparpolitik die einzige Alternative zur Bewältigung der enormen SED-Altlasten ist, kritisiert der Fraktionschef in dieser Rede die Haltung der SPD, die zwar vor Neuverschuldung warnt, gleichzeitig jedoch jeden Sparvorschlag der CDU ablehnt.

Bestell-Nr.: 3824

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,50

● Beschuß: Für Wachstum und Beschäftigung

Der nun vorliegende Beschuß des CDU-Parteitages zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der CDU mit den Einführungssreden von Christa Thoben und Klaus Töpfer macht deutlich, mit welchen Konzepten die CDU die Herausforderungen von Rezession und Arbeitslosigkeit in der Griff bekommen möchte. So enthält diese Dokumentation Kapitel zu den Themen flexible Arbeitszeiten, Förderung des Mittelstandes sowie Bildung und Qualifizierung

Bestell-Nr.: 5825

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 16,50

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG



Helmut Kohl

**Wir setzen auf Sieg.
Dafür kämpfen wir
mit vereinten Kräften!**



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG



Peter Hintze

**Geschlossen in den
Wahlkampf '94:**

Für die Erneuerung von
Gesellschaft, Staat und Politik



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG



Wolfgang Schäuble

**Wir dürfen die
Verantwortung nicht
Rot-Grün überlassen**



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

5. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS, 20. - 23. FEBRUAR 1994 HAMBURG

**Für Wachstum
und Beschäftigung**

Beschluß des 5. Parteitages der CDU Deutschlands
am 21. Februar 1994 in Hamburg
mit den Einführungsreden
von Christa Thoben und Klaus Töpfer



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Es darf auf keiner Veranstaltung fehlen



Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt bei Ihrer Veranstaltung, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können. Gesamthöhe: ca. 1,70 m, Raddurchmesser: ca. 1,30 m, Preis: 345,— DM zzgl. MwSt. Bestellungen per Fax: (0228) 544-372

Die Broschüren auf Seite 35 können bestellt werden im:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: (05423) 41521
Preise inkl. Versand
zzgl. MwSt.

UID
9/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion**: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertretung:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510783 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-501 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** **Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.**